

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1853

24.3.1853 (No. 71)

Karlsruher Zeitung.

Donnerstag, 24. März.

N. 71.

Vorausbezahlung: jährlich 8 fl., halbjährlich 4 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 8 fl. 30 kr. und 4 fl. 15 kr. Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 4 kr. Briefe und Gelder frei. Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1853.

Telegraphische Depesche.

London, Mittwoch, 23. März. Die „Times“ von heute meldet, daß der englische Geschäftsträger in Konstantinopel, Oberst Rose, in der Berufung der englischen Flotte seine Vollmachten überschritt. Admiral Dundas, der Befehlshaber der Flotte, gab der Aufforderung keine Folge und erklärte, die Befehle des englischen Gesandten bei der Pforte, Sir Strafford v. Redcliffe, abwarten zu wollen. Die englische Regierung billigt das Verhalten des Admirals.

Die Reaktionen unserer Zeit.

II.

Wir haben in unserm ersten Artikel in der kräftigen Reaktion des konstitutionell-monarchischen Prinzips gegen das demokratische einen Grund der Hoffnung gefunden, daß unsere Zukunft keine trostlose sein werde. Die Beseitigung und Ueberwältigung des politischen Krankheitsstoffes, die neue, feste Begründung des Staats und der geselligen Ordnung in der einzig die Freiheit im Innern und die Selbständigkeit nach außen bedingenden Form der Monarchie ist aber auch unbedingt notwendig, wenn auch auf andern Gebieten die krankhaften Richtungen der läuternden Gegenwirkung weichen sollen. Würde die Monarchie in sich zusammenbrechen und auf ihren Trümmern die soziale Republik, und nur diese würde die Frucht einer siegreichen Revolution ernten, eine vorübergehende Herrschaft gründen, dann wären auch allen andern schlechten Richtungen in Religion, Kunst und Wissenschaft Thür und Thor geöffnet; denn diese würden der Reaktion der gesunden Kraft sofort hemmend entgegen treten, da die politische und sittliche Barbarei zugleich die religiöse, künstlerische und wissenschaftliche ist, der Tod aller höhern Kultur. Damit aber würde die deutsche Nation auch die geschichtliche Mission verlieren, die ihr feither geliebt ist. Die Monarchie ist es, unter deren Schutz und wesentlicher Bethätigung der deutsche Geist seine Reichthümer entfaltet hat; das Wehen des demokratischen Geistes aber wäre der Sirocco, unter dessen tödtlichem Anhauch alle Blüten geistiger Bildung verwelken würden. Der roheste, kraffteste Materialismus würde sein aschgraues Panier aufpflanzen und in den Staub jenen, was bisher des Deutschen Stolz war, die Richtung auf das Ideale und Göttliche.

Nur zu mächtig aber ist das Streben nach der Materialisirung aller menschlichen Thätigkeit schon geworden, als daß es nicht des Aufgebots aller noch vorhandenen besseren Kräfte bedürfte, um das Austreten eines Stromes zu verhüten, dessen Schlämme alle Saatfelder höherer Kultur nicht eben in befruchtender Weise bedecken würde. Unter dem Schutze der Monarchie aber dürfen wir hoffen, auch jener Mithildungen Herr zu werden, welche als Unkraut auf dem Gebiete der Religion, der Kunst und Wissenschaft Alles zu überwuchern droht. Ober ist man so wirklich der Meinung, daß sich in Europa aus dem Ruin der Monarchie jemals eine Demokratie entwickeln könne, der in Athen gleich, eine Trägerin der höchsten geistigen Kultur in Kunst und Wissenschaft? Der in der heutigen Demokratie vorwiegende Geist des Materialismus und der Gleichgültigkeit gegen alle höhere Bildung macht sie von Haus aus unfähig zu jeder weltgeschichtlichen Mission in Bezug auf Kulturgeschichte. Auch die nordamerikanische Union ist wesentlich von materialistischem Geiste durchdrungen, und schwerlich wird jemals von ihr aus eine geistige Anregung auf Europa ausgeht werden. Selbst die politische hat mehr verwirrend, als gestaltend gewirkt vom Anfang der französischen Revolution an bis auf den heutigen Tag.

An die Monarchie knüpft sich in Deutschland jeder geistige Fortschritt; indem sie ihn förderte und begünstigte, vielfach den ersten Anstoß gab, und im Ganzen und Großen immer im Geiste unserer Nationalität handelte, in welchem der ideale Faktor der vorwiegende ist, hat sie sich im steten Zusammenhang mit der Entwicklung erhalten, und Niemand kann ihr vorwerfen, daß sie zu irgend einer Zeit, am wenigsten daß sie in jetziger ihrem Verufe, die höchsten geistigen Interessen in Schutz und Pflege zu nehmen, sich entfremdet habe. Die Demokratie, wie sie zu erwarten wäre, wenn der Sturz der Monarchie ihr gelänge, würde, ohne Sinn und Verständniß für die höheren geistigen Interessen, nicht einmal erhalten, was sie vorfände; an mehr als Einer Schöpfung der Kunst und wissenschaftlichen Anstalt, in welcher die Monarchie sich ein Denkmal der Ehre und des Ruhms gesetzt hat, würde sie den Ruhm eines Herakleus sich zu erwerben trachten. Wenn die Sage der Griechen meldet, daß Dryphos durch die Kunst der Mäusen selbst auf die Thiere gewirkt und die Menschen für höhere Kultur empfänglich gemacht habe; wenn sie meldet, daß nach den Tönen von Amphions Vater Steine sich von selbst zu kunstreichem Bane gefügt, — so bemühen sich die Poeten unserer Demokratie, Menschen in wilde Thiere zu verwandeln, jeden Keim des Göttlichen in ihnen zu vertilgen, und die Töne ihrer Keier würden eher die Kraft haben, alle Steine aus dem Bau der Tempel, die Gott und der Kunst geweiht sind, aus den Fugen zu sprengen, als sie zum Bane zusammenzufügen.

Wer nicht will, daß allgemeine Verwilderung an die Stelle

unserer Zivilisation und Kultur trete, der kann sich nur der Kraft freuen, die der Monarchie gegenüber der demokratischen Revolution innewohnt, und es wird, wie seine Pflicht, so sein Interesse sein, auch seinerseits mitzuwirken, daß dem „demokratischen Gögendieth“ nirgends Altäre errichtet und die Geister noch weiter verwirrt werden durch den korybantischen Kultus desselben.

Was das Gesetz der politischen Entwicklung in Bezug auf die Demokratie für Europa ist, das ist ausgeprägt in der Geschichte Frankreichs seit 1789. Der Sturz des Königthums erfolgte mit durch den Einfluß von Amerika entlehnter Ideen, die aber auf Frankreich passten, wie die Faust aufs Auge. An die Stelle der Monarchie trat keine amerikanische Union, sondern eine gräuliche Demagogenherrschaft; diese konnte natürlich nicht dauern; allein was trat an ihre Stelle? Etwas eine Demokratie besseren Schlages? Abermals nicht, sondern nach verschiedenen Wandlungen der demokratischen Form endlich wieder die Monarchie in abso-lutester Gestalt. Diese absolute Monarchie fiel durch das Ausland, und die konstitutionelle trat an ihre Stelle. Die Februarrevolution stürzte abermals die Monarchie und die Republik ward improvisirt. Und was war dieses für eine Republik? So stark war hier der monarchische Geist, daß die neuen republikanischen Versammlungen in ihrer Mehrheit aus Monarchisten bestanden, und nur die Spaltung der Monarchisten der Republik ein vorübergehendes Dasein fristete. So ist seit 60 Jahren in Frankreich der Kampf zwischen Monarchie und Revolution, und niemals ist von einer naturwüchsigigen Demokratie dabei die Rede gewesen. Es ist zur absoluten Monarchie zurückgekehrt.

Es würde nicht anders in Deutschland sein. Auch hier handelt es sich nur von Monarchie und Anarchie. Die erstere hat gesiegt über die letztere, und daß sie sich in ihrem Sieg zu mächtigen weiß, das beweist der Fortbestand der Verfassungen und der Ernst, womit man bemüht ist, eine feste Grundlage für das Prinzip derselben zu gewinnen. Der Weg dazu kann nur der der natürlichen Entwicklung und der geschichtlichen Anleitung sein, auf dem sich allein für die Dauer bauen läßt.

Karlsruhe, 23. März. Heute Mittag 12 Uhr hat in dem Markgräflichen Palais die Konfirmation Ihrer Großherzoglichen Hoheiten der Prinzessinnen Elisabeth und Leopoldine, Töchter Seiner Großherzoglichen Hoheit des Herrn Markgrafen Wilhelm, stattgefunden. Der heiligen Handlung, die durch Herrn Hofprediger Demling vorgenommen wurde, wohnten außer den durchlauchtesten Eltern der hohen Konfirmantinnen Ihre königliche Hoheiten der Regent und die Frau Großherzogin Sophie, nebst den Prinzessinnen Marie und Cäcilie und dem Herrn Markgrafen Max Großherzogliche Hoheiten, sowie Seine Durchlaucht der Herr Fürst von Fürstenberg nebst hoher Familie bei; ferner die Großh. Hofchargen, die Mitglieder des Großh. Staatsministeriums, die hiesigen militärischen, geistlichen und bürgerlichen Behörden, die Lehrer der hohen Konfirmantinnen u. Die kirchliche Feier, welche in einem zu diesem Zweck ausgestatteten Saale des Palais vor sich ging, trug ganz jenen Charakter der frommen Einfachheit und Würde, welcher ein eigenthümliches Gepräge der religiösen Feiertlichkeiten im Schooße unseres erhabenen Regentenhauses ist. Sie hat auf alle Anwesenden den erbaulichsten und erhabendsten Eindruck gemacht.

Deutschland.

Karlsruhe, 23. März. Das heute erschienene Verordnungsblatt des Großh. Kriegsministeriums Nr. 3 enthält u. A. die Mittheilung, daß nach allerhöchster Entschlieung dem Hauptmann Heusch im Artillerieregiment das Ritterkreuz des Ordens vom Jahninge Löwen verliehen wurde. Ferner wurde durch allerhöchsten Befehl vom 8. d. die Dienstauszeichnung 1. Kl. für Unteroffiziere und Soldaten 1 mal, dieselbe Dienstauszeichnung 2. Kl. 2 mal, und dieselbe Dienstauszeichnung 3. Klasse 27 mal verliehen.

Karlsruhe, 23. März. Frequenz und Einnahme der großh. badischen Eisenbahn im Monat Januar. 1. Personen wurden befördert 133,154; 11. Güter 241,788 Ztr. 70 Pfd. Die Einnahme beträgt: a) Personentaxen 55,456 fl. 38 kr.; b) unterwegs erhoben 127 fl. 1 kr.; c) Gepäcktaxen 3209 fl. 8 kr.; d) Garantietaxen — fl. — kr.; e) Lagergebühren 25 fl. 39 kr.; f) Equipagentransport 63 fl. 3 kr.; g) Viehtransport 698 fl. 27 kr.; h) Gütertransport 107,129 fl. 48 kr. Summe der Einnahme 166,709 fl. 44 kr.

Mannheim, 22. März. Nach der ungefähren Schätzung von Sachverständigen sollen sich die Tabaksinkäufe für Oesterreich durch den k. k. österreichischen Konsul, den Handelsherrn Edmund Eisenhardt dahier, auf mehr als hunderttausend Zentner belaufen, den Zentner zu durchschnittlich 9 bis 10 fl. gerechnet. Ohne den Abzug nach Oesterreich würden die Produzenten bei der so ergebigen Tabaksernte des abgelaufenen Jahres bei weitem nicht die seitherigen Preise für ihr Produkt erzielt haben, indem — wie man uns ver-

sichert — der Mehretrag an Tabak in der Pfalz auf hunderttausend Zentner berechnet wird.

Mosbach, 20. März. (Schw. M.) Wie aus öffentlichen Blättern bekannt ist, wurde Fräulein Sigfeld aus Kirchheim-Bohlanden, in der bayrischen Pfalz, wegen ungeeigneter, in einem Gasthof gemachter Aeußerungen in Beziehung auf das Attentat auf den Kaiser von Oesterreich in Heidelberg in Untersuchungshaft genommen. In Folge der Untersuchung wurde sie nun zu einer Gefängnißstrafe von 6 Wochen verurtheilt. Diese Strafe hat sie in dem hiesigen Kreisgefängniß zu ersehen und wurde deshalb gestern hieher gebracht.

Vom Oberrhein, 22. März. Mit Recht hat man oft und vielfach hervorgehoben, daß die durch die allzu rasche Ablösung von Zehnten den Landwirthen aufgebürdete Last eine Hauptursache des nur zu häufig vorkommenden Vermögensverfalls in manchen Gemeinden sei. Man hat allerlei Mittel der Abhilfe vorgeschlagen, sogar ein allgemeines Moratorium, welches indeß doch schon deshalb ein äußerst gefährliches Experiment wäre, weil es unausbleiblich unserm Kredit den schwersten Schaden zufügen würde, was noch weit schlimmer wäre, als die Uebel, mit denen wir jetzt zu kämpfen haben. Viel zweckmäßiger dürfte es sein, wenn man überall das bereits praktisch erprobte und von den Kreisregierungen mehrfach dringend empfohlene Mittel wählte, nach geschehener Festsetzung des Ablösungskapitals den Zehnten fort zu erheben, das Erträgniß zu verwerthen, und aus dem Erlös nicht nur die Zinsen, sondern auch, da er erfahrungsmäßig jedenfalls Ueberfluß gibt, einen Theil des Kapitals abzutragen. Dem Landmanne fällt es ungleich leichter, einen Theil seiner Bodenerzeugnisse abzutreten, als baares Geld zu bezahlen, und so gelangt er, ohne es viel zu merken, dahin, sein Grundeigenthum frei zu machen. Dauert Dies auch 20 oder höchstens 25 Jahre, so ist eben auch hier wieder der langsamere Weg der sicherere. Will der Zehntberechtigte sich nicht darauf einlassen, kleine Abschlagszahlungen anzunehmen, so müßte die Gemeinde in die Mitte treten, nöthigenfalls ein Anleihen aufnehmen, und durch Ansammlung der jährlichen Ueberschüsse nach und nach so große Summen schaffen, daß Abschlagszahlungen am Kapital geschehen können. Diesen Weg hat sogar schon das Zehntablösungsgesetz angedeutet, da es als einziges Vollstreckungsmittel zur Beirreidung von Zehntablösungsschulden dem Berechtigten nur gestattet, bis zur Tilgung seiner Forderung die Wiedereinführung der Zehnterhebung zu verlangen; um so mehr dürfte derselbe also empfehlenswerth sein.

Badenweiler, 22. März. Wie man sich des allmächtigen geistlichen Heranwachsens und Aufblühens eines lieben Pflanzlings freut, wie man begierig sein Auge richtet auf alle Momente, die der gewünschten Entwicklung förderlich oder nachtheilig sind, wie kein einziges solcher Momente ungesehen und ungenüht bleibt: so ist es auch bei unserer durch sorgliche Pflege zu erneuter Jugend und Blüthe zurückkehrenden Therme der Fall.

Die Bürgerschaft des fortwährend sich steigenden Aufschwungs gab uns neuerdings wieder die Saison von 1852, auf die wir mit der vollsten Befriedigung zurückzusehen können, weil sie noch keine ähnliche vor sich hatte; und wir geben uns sicher keiner Täuschung hin, wenn wir uns Badenweilers Zukunft in rosigem Lichte ausmalen. Eine einmalige, vielleicht durch Zufälligkeiten herbeigeführte, glänzende Saison könnte uns zu solcher Annahme nicht berechtigen, und wir würden auf festem Grund bauen, in den unsere Erwartungen zu Nichts versinken könnten; allein die im letzten Jahrzehnd bemerkbare allmähliche Zunahme, die alljährlich steigende Frequenz, die sich unserm Kurort immer mehr zuwendende Anerkennung und Würdigung von Seiten des ärztlichen Publikums von nah und fern, die Urtheile einheimischer und ausländischer Journale beweisen, daß Badenweiler in größeren Umkreisen bekannt und als Kurort geschätzt wird.

Mit schmeichelhafter Befriedigung sahen wir die Anwesenheit Sr. Majestät des Königs von Württemberg, sowie J. Königl. Hoheit der Frau Großherzogin Stephanie und der Frau Fürstin von Sigmaringen Großh. Hoheit als ein höchst erfreuliches Ereigniß an, nicht nur um des Vergnügens willen, diese so hoch geachteten fürstlichen Personen unter uns weilen zu sehen, sondern weil uns dadurch der Beweis geliefert wurde, daß unseres Kurortes Bedeutung und Werth immer mehr anerkannt werde, was in vermehrtem Maße um so mehr zu erwarten steht, da die höchsten Herrschaften Badenweiler vollkommen befriedigt verließen und die Bedeutung auf Sr. Majestät äußerst wohlthätige Wirkung geäußert hat. Eben so war die politische und gelehrte Welt durch manche Notabilität repräsentirt, deren Namen überall mit Verehrung und Liebe genannt werden. Nachdem die Saison sehr frühe begonnen hatte, war sie in den Monaten Juli und August zu ferner Höhe gelangt, bei der wir nur zu bedauern hatten, daß nicht Räume genug zur Verfügung waren, um alle jene Fremde aufnehmen zu können, die noch einen Aufenthalt hier beabsichtigten, während doch die Witterung durchaus nicht von der Art war, um die Lust zur Reise ins Bad zu wecken, oder um gerne lange da zu verweilen. Gasthöfe

und Privatwohnungen waren bis zu den kleinsten und bescheidensten Kammern dicht mit Fremden besetzt, und gerade wegen des meist schlechten Wetters, das die Gäste verbanderte, sich im Freien aufzuhalten, ist das Bedürfnis eines neutralen, gemeinschaftlichen Sammelplatzes noch nie so deutlich geworden, wie im vorigen Sommer.

Solchem Uebelstande ist nun für alle Folge abgeholfen; die Trinkhalle wird im Monat Mai eröffnet und dem Publikum übergeben werden. Dieses Gebäude ist ein sehr gelungenes Werk, und wir kennen kein Institut der Art, das vereint so vielen und so verschiedenen Zwecken entspricht: im Langhaus großer, für viele Hunderte berechneter Kursaal mit Säulenhalle, in den beiden Nebenzügeln Damenalon und Lesekabinet, nach den Anlagen hin und in unmittelbarer Verbindung mit diesen ein Gartensaal mit Nebenkabinetten, vor diesem ein freier, geräumiger Platz zu Gartenwirtschaft. Alles ist schön und elegant ausgestattet, und zugleich in einem Style gehalten, der dem Charakter Badenweilers entspricht, ohne übertriebenen Luxus, ohne entstellende Ueberladung.

Wie sehr es sich unsere hohe Regierung zur Aufgabe gemacht hat, alle von der Natur gebotenen Mittel passend und zu Heilzwecken dienlich zu verwenden, für die dem Gesunden und Kranken wohlthunenden Annehmlichkeiten zu sorgen, hat uns auch wieder die neuliche Anwesenheit des Hrn. Präsidenten des Ministeriums des Innern, Staatsraths v. Marschall, bewiesen. Dieser hochverdiente und geschätzte Staatsmann hat die Güte gehabt, in Begleitung des Hrn. Ministerialraths Diez sich durch eigene Anschauung von all' Dem zu überzeugen, was noch als Erforderniß bezeichnet werden kann, und seine Anwesenheit wird für uns gewiß von guten Folgen sein. Für die uns von Seiten Sr. Königl. Hoheit unseres erhabenen Regenten zugewendete Huld und für die unverkennbare Bereitwilligkeit unserer hohen Regierung ist unser Kurort von dem wärmsten Danke erfüllt.

Konstanz, 20. März. (Aus dem Schwurgerichtssaal.) Am 16. d. M. Nachmittags wurde die Anklage gegen Matthä Schwarz von Leitishofen und Jakob Müller von Menningen, Amts Möhrkirch, wegen Tödtung bei Kaufhändeln, unter dem Vorsitz des Gr. Hofgerichts-Raths Selb, verhandelt. Am 1. August v. J. fanden in dem Wirthshause zu Ringenbach, kön. preuß. Oberamts Wald, unter ledigen Burschen Wortwechsel statt, welche alsbald in Thätlichkeiten übergingen. Die beiden Brüder Konrad und Xaver Merz von Thältingen, kön. würtemb. Oberamts Balingen, wurden von dem Wirth Schweikert zu Ringenbach und den beiden Angeklagten Schwarz und Müller zur Wirthsstube hinausgeschafft und zum Hause hinausgeworfen. Die Gebrüder Merz rafften sich auf, bewaffneten sich mit Prügeln, schlugen damit an die Fensterläden und Thürpfosten des Wirthshauses, und Konrad Merz rief in das Haus hinein: „Kommt heraus, wenn ihr Etwas wollt.“ Nun wurden in der Wirthsstube Stuhlfüße abgebrochen; Schwarz, der sich mit einem solchen bewaffnet hatte, und Müller gingen sodann in den Hausgang hinaus. Müller erhielt von Konrad Merz mit dem Prügel einen Schlag auf den Arm, worauf er sich zurückzog. Nun trat Schwarz vor und führte mit dem Stuhlbeine dem Xaver Merz einen heftigen Schlag auf die Stirne, so daß derselbe rücklings umfiel und seinen Kopf auf dem Steinpflaster aufschlug, sofort regungslos und bewusstlos liegen blieb und bald darauf starb. Der Angeklagte Schwarz, 23 Jahre alt, gut beleumundet, legte in der Verhandlung ein offenes, unumwundenes Geständniß ab. Der Angeklagte Müller, 26 Jahre alt, ebenfalls gut präparirt, konnte wegen Krankheit nicht erscheinen. Der Gr. Physikus, Dr. Stöhr von Möhrkirch, gab mit gewohnter Klarheit und Gründlichkeit das Gutachten dahin ab, daß Xaver Merz eines gewaltsamen Todes, und zwar in Folge von Kopfverletzungen, gestorben sei, daß aber der Tod nicht durch den Schlag unmittelbar, sondern höchst wahrscheinlich dadurch verursacht worden sei, daß X. Merz seinen Kopf auf dem Steinpflaster aufschlug und sich hiedurch die tödtlichen Verletzungen zuzog, daß jedoch der Thäter den Tod nur als eine sehr unwahrscheinliche Folge seiner Handlung vorhersehen konnte. Hiernach beantworteten auch die Geschwornen, deren Obmann Domänenrath v. Gagg zu Donaueschingen war, die an sie gestellten Fragen in Beziehung auf den Angeklagten Schwarz, verneinten dagegen die Frage, ob Müller zu Thätlichkeiten aufgereizt habe. Der Präsident verfügte daher die Freisprechung des Müller, und der Schwurgerichtshof verurtheilte den Schwarz wegen fahrlässiger, durch vorsätzliche Körperverletzung verursachten Tödtung zu 5 Monaten Kreisgefängniß, wovon 3 Monate wegen unverschuldet erstandener Untersuchungshaft abzuziehen sind. Schwarz wurde von Obergerichtsadvokat Lufka, und Müller von Advokat Spinbirt vertheidigt.

Am 17. und 18. März kam die Anklage gegen Bartholomä Kellner von Wicks, Johann Georg Bitter von Rommingen, Franz und Anselm Kurz von Honningen wegen Raubs zur Verhandlung, unter dem Vorsitz des Gr. Hofgerichts-Raths Faller. Der Taubstumme Kaspar Müller von Tutlingen, im Königreich Württemberg, befand sich am 8. Sept. v. J. im Adlerwirthshause zu Honningen, woselbst auch die Angeklagten waren. Kaspar Müller ließ seine silberne Taschenuhr sehen, Kellner betrachtete sie und zeigte Wohlgefallen an derselben. Nach Einbruch der Nacht, bis wohin Kellner die Rückkehr Müller's nach Riedöschingen, woselbst er diente, zu verzögern suchte, gingen Kellner und Müller fort. Auf dem Wege von Honningen nach Riedöschingen sprangen dem Kellner und Müller drei Bursche nach, welche gemeinschaftlich mit Kellner den Müller mittelst Zufügung körperlicher Mißhandlung durch Stoch- und Faustschläge zur Ueberlassung seiner Uhr nöthigten. Müller bezeichnete außer dem Kellner den J. Gg. Bitter, Franz und Anselm Kurz als Thäter; namentlich bezeichnete er den Bitter als Denjenigen, welcher ihm mit einem Messer die Uhr von dem Uhrbände abgeschnitten hatte. Die Angeklagten läugneten standhaft. Müller wiederholte aber vor dem Schwurgericht seine in der Voruntersuchung gemachte Schilderung, welche von dem Dolmetscher Saitnach, Vorstand des Blindeninstituts zu Freiburg, verdeutlicht

wurde. Gegen Kellner und Bitter lagen außerdem mehrere schwer gravirende Umstände vor, nicht aber gegen die beiden Kurz. Vielmehr wurde von einem, jedoch nicht ganz unverdächtigen, Zeugen endlich bestätigt, daß er mit den beiden Kurz von Honningen nach Auldingen gegangen sei, ohne den Müller getroffen zu haben und ohne daß sich die beiden Kurz von ihm entfernt hätten. Von den Geschwornen, deren Obmann wieder Domänenrath v. Gagg zu Donaueschingen war, wurden die Fragen bezüglich der Angeklagten Kellner und Bitter bejaht, dagegen in Ansehung der beiden Kurz verneint. Der Präsident verfügte somit die Freisprechung der beiden Angeklagten Kurz, und der Gerichtshof verurtheilte die Angeklagten Kellner und Bitter zu je 2 Jahren Zuchthaus. Kellner, sowie die beiden Kurz wurden von Obergerichtsadvokat Merk, und Bitter von Advokat Welte vertheidigt.

Hiermit erklärte der Schwurgerichts-Präsident die Sitzung für das erste Quartal d. J. für geschlossen. Werken wir einen kurzen Rückblick auf diese Sitzung, so erkennen wir, daß 4 Fälle verhandelt wurden, einer wegen falschen eiblichen Zeugnisses, einer wegen Urkundenfälschung, einer wegen Tödtung und einer wegen Raubs. Im Ganzen waren es 12 Angeklagte, von denen 4 freigesprochen, die übrigen verurtheilt wurden.

München, 21. März. Die „N. M. Ztg.“ schreibt: Nach heute hier eingetroffenen Briefen aus Neapel vom 12. d. war die Abreise Sr. Majestät des Königs nach Sizilien, und zwar nach Palermo, auf nächsten Dienstag, den 15. d., Nachmittags, festgesetzt. Außer dem gewöhnlichen Gefolge wird Hr. v. Wendland Sr. Maj. den König auf dieser Reise begleiten. Nach dem „Schw. M.“ wird auf der Süd-Nord-Bahn die Strecke von Rempten bis Zimmernstadt am 1. Mai d. J. in Betrieb treten; auf der Augsburg-Ülmer Linie müssen die Arbeiten diesen Sommer hinüber bis auf wenige Partien beendigt werden, damit vom 1. Sept. 1853 an der größere Theil dieser Linie befahren werden kann.

Der bisherige Professor der Theologie zu Erlangen, Dr. Erhard, ist kürzlich zum Konsistorialrath in Speyer ernannt worden.

Frankenthal, 21. März. (Vf. J.) Das kön. Zuchtpolizeigericht dahier hat heute das Urtheil in dem Wucherprozeß gegen Joseph Wolf, Handelsmann von Dürkheim, gesprochen. Hiernach ist Wolf wegen Gewohnheitswuchers zu 22,500 fl. Geldbuße und wegen Prellerei zu zwei Jahren Gefängnißstrafe, sowie zu den Kosten des Prozesses verurtheilt. Die königl. Staatsbehörde hatte auf 20,000 fl. Geldbuße und fünf Jahre Gefängnißstrafe angetragen.

Odenburg, 18. März. (Fr. J.) Wie wir eben vernahmen, hat der Landtag in seiner gestrigen vertraulichen Sitzung den hinsichtlich des Zollan schlusses des obdenburgischen Fürstenthums Lübeck an das Herzogthum Holstein mit der Krone Dänemark abgeschlossenen Staatsvertrag einstimmig genehmigt. Der Umstand, daß der Ausführung des von Dänemark projektierten Zollsystems von hier aus keine Hindernisse mehr im Wege stehen, wird ohne Zweifel auf die demnächstige Entschliesung des dänischen Reichstags von Einfluß sein.

Bei der gegenwärtigen Berliner Zollkonferenz wird Odenburg wie bisher von dem obdenburgischen Geschäftsträger, dem braunschweigischen Legationsrath Dr. Liebe, vertreten.

Berlin, 20. März. Zur Feier des Geburtstages Sr. Kön. Hoheit des Prinzen Friedrich Karl war heute am königl. Hofe in Charlottenburg Familientafel, welcher sämtliche Prinzen und Prinzessinnen beizuhnten. Der junge Prinz erreicht heute sein 25. Lebensjahr. Zu der übermorgen, am 22., stattfindenden Geburtstagsfeier Sr. Königl. Hoheit des Prinzen von Preußen werden hier in vielen Vereinen und Gesellschaftskreisen Vorbereitungen getroffen. Namentlich auch der Treubund und mehrere konservative Bezirksvereine haben besondere Festveranstaltungen angekündigt.

Diese letzteren Vereine haben im Verlaufe dieses Winters im Ganzen nur wenig Lebenszeichen von sich gegeben. Der politische Anstoß, welcher sie vor nunmehr fast fünf Jahren begründete, ist verschwunden, und mit ihm haben die politischen Erörterungen im Innern der Vereine aufgehört. Es sind gesellschaftliche Verbindungen geblieben, deren Wirksamkeit sich mitunter auf recht erfreuliche Weise in Wohlthätigkeitsakten fund gibt. Noch mehr an Bedeutung verloren, als die konservativen Bezirksvereine, hat der früher so blühende „konservativ-konstitutionelle Zentralwahlverein“. Das Interesse an seiner Aufrechterhaltung zeigt sich in weitem Kreise gegenwärtig so gering, daß kürzlich sogar eine große Streitfrage darüber entstand, ob der Verein überhaupt noch existire oder nicht.

Der Ministerpräsident v. Manteuffel begab sich heute zum Vortrag bei Sr. Maj. dem Könige nach Charlottenburg. Morgen wird eine Berathung des Staatsministeriums stattfinden.

Berlin, 21. März. Die „Lith. Corr.“ schreibt: Die Zollvereins-Konferenzen haben ihren ruhigen Verlauf. Man fördert sich so viel als möglich. Opposition gegen den österreichisch-preussischen Handelsvertrag macht sich nirgend geltend; allen Theilen liegt daran, zu einem baldigen Abschluß zu kommen, und derselbe dürfte für beide Verträge, den österreichischen wie den Septembervertrag, kurze Zeit nach Ostern erreicht sein. — Mittwoch, den 23., werden die Zollvereins-Bevollmächtigten Berlin zum Theil verlassen. Die Oesterreicher wahren nur eine Woche.

Eine Angabe der „Neuen Preuß. Ztg.“ von einer neuen Anleihe, welche durch die kön. Seehandlung kontrahirt worden sei, ist geeignet, Mißverständnisse herbeizuführen. Es handelt sich hier nicht um eine neue Staatsanleihe, sondern, so viel wir wissen, lediglich um die erfolgte Ausgabe von weitem 5 Mill. auf die früher beschlossene Anleihe von 21 Mill. für den Bau der Ostbahn.

Berlin, 21. März. Wir feiern heute den Frühlingsanfang mit einem Schneegestöber von Regen durchmischt.

Dabei eine Temperatur, welche durch den scharfen Nordostwind noch gemüthlicher wird. Neben der türkischen Frage wird Berlin heute von der Theaterfrage in Anspruch genommen. Beckmann, der große Liebling unseres Publikums, ist gestern von Wien angelangt. Er beginnt statt morgen schon heute sein Gastspiel, und wird statt drei Vorstellungen deren vier geben. Der Zubrang zu Billets ist ganz außerordentlich. Bereits sind auch zur vierten Vorstellung alle Einlaßkarten vergriffen. Gleichzeitig tritt im Friedrich-Wilhelmstädtischen Theater heute die spanische Tänzerin Pepita de Liwa in ihrem zweiten Gastspiel zum ersten Mal wieder auf. Hier derselbe Andrang. Die Spanierin ist bereits zum April aufs neue engagirt. Die Berliner sind in dieser Saison arm an fremden theatralischen Größen gewesen. Um so lebendiger wendet sich ihr Eifer der neuen Erscheinung zu.

Berlin, 21. März. Der ernsthafte Charakter der türkischen Frage fängt jetzt an, auch unserer Vorse bedeutlich zu werden. Neuesten Nachrichten zufolge nimmt der englische Gesandte bei der Pforte, Sir Stratford Redcliffe, seinen Weg von Paris nach Konstantinopel nun doch über Wien. Derselbe hatte von Guntershausen bis Wien Extrazüge auf der Eisenbahn bestellen lassen, und wollte von dort nach Triest reisen, um per Dampfschiff nach der türkischen Hauptstadt zu gelangen. Es wird hier vielfach als Thatsache angenommen, daß dem gemeinsamen Vorgehen Rußlands und Oesterreichs gegenüber ein englisch-französisches Bündniß zu Stande gekommen sei. Preußen hat bei diesem Widerstreit der Mächte um die Aufrechterhaltung ihres Einflusses im Orient kein direktes Interesse zur Sache. Seine Stellung ist der Natur der Dinge nach eine mehr neutrale und vermittelnde. Woran ihm aber gelegen sein muß, das ist die Wahrung des europäischen Friedens und die Wespizierung der bestehenden Verträge. Allen Anzeichen nach wird auch in diesem Sinne sein Einfluß bei den beteiligten Höfen sich geltend machen.

Die Errichtung der neuen Zentralstelle für die Staatspolizei macht in der Stadt viel von sich reden. Die Sache selbst ist praktisch noch nicht regulirt. Das betreffende Reskript des Ministers des Innern enthält lediglich allgemeine Grundzüge der neuen Organisation. Es kommt nun zunächst auf die Feststellung der Ressortverhältnisse an, namentlich in Bezug der Oberpräsidenten, welche bekanntlich in allen Angelegenheiten direkt vom Ministerium und nicht von einer Zwischenbehörde ressortiren.

Wien, 18. März. Nach Briefen aus Italien kann der Ankauf Sr. Maj. des Königs von Bayern in Wien binnen drei bis vier Wochen entgegengesetzt werden.

Dem Hrn. v. Brud ist das Großkreuz des Leopoldordens verliehen worden. Derselbe besitzt bereits das Großkreuz der Eisernen Krone.

Dem Vernehmen nach wird der Fürst von Montenegro in diesem Sommer die im v. J. ausgegebene Reise nach Wien machen, um Sr. Maj. dem Kaiser für die großmüthige Vermittlung in der montenegrinisch-türkischen Differenz persönlich zu danken.

Es verlautet von einem neuen Uebereinkommen zwischen österr.-deutsch-belgischen und franz. Bahnen, welches bei dem bevorstehenden Eisenbahn-Kongresse zur Verhandlung kommen wird, und durch welches zwischen Wien, Berlin und andern Großstädten eine solche Beschleunigung der Fahrten eintreten soll, daß man die Reise zwischen Berlin und Paris in 30 Stunden wird zurücklegen können.

Oesterreichische Monarchie.

* **Ferrara, 17. März.** Das hiesige Kriegsgericht hat 10 Individuen wegen Hochverrats zum Tode durch den Strang verurtheilt. Feldmarschall Radegky hat sieben dieser Todesurtheile zu mehrjähriger Kerkerhaft gemildert. In Ermanglung eines Galgens wurden die übrigen drei Urtheile mittelst Pulver und Blei vollstreckt.

Schweiz.

Aus der Schweiz, 21. März. Das „Waterland“ berichtet von einem zwischen dem Kaiser der Franzosen und dem Bundesrathe ausgebrochenen Etiquettestreit. Die Antwort auf die Anzeige von der Vermählung des Kaisers sei nämlich von dem Hrn. Bundespräsidenten ungeschickter Weise verzögert und nach verschiedenen Mahnrufen nicht dem Geschäftsträger in Paris, sondern dem französischen Gesandten in Bern zugestellt worden. Aber einige Wochen später gelangte das erwähnte Antwortschreiben von Paris zurück an den h. Bundesrath, begleitet von der Bemerkung des Ministers der äußeren Angelegenheiten, des Hrn. Drouin de L'huys, es könne dasselbe so nicht angenommen werden, weil die Schlussformel: „agréez l'assurance de notre haute consideration“ nicht zulässig sei, sondern an ihre Stelle „nos humbles serviteurs“ gesetzt werden müsse, wie es vor 1848 der Fall gewesen sei. Der weitere Verlauf wird nicht berichtet. Ist die Sache wahr, sagt die „Bas. Ztg.“, so beweist sie, daß in Paris nicht besondere Achtung und Wohlwollen gegen die Schweiz und den Bundesrath vorherrsche. Hier sollte man dort etwa den Augenblick des Konflikts mit Oesterreich für geeignet halten, um die Schweiz in demüthigter Stellung gegen Frankreich zu verlegen? — Das Ganze erscheine uns aber noch als sehr zweifelhaft.

Das „Bern. Int.-Bl.“ behauptet, der König von Neapel verlange Aufhebung des Verbots unter Androhung strenger Maßregeln gegen die dortigen Schweizer.

Im Bundesrathe soll nach der „Suisse“ der Vorschlag gemacht worden sein, den vertriebenen und bedürftigen Tessinern Arbeit an den Festungswerken bei Bellinzona zu verschaffen; aber es scheine, der Bundesrath scheue sich, Oesterreich gegenüber eine solche Demonstration zu machen; jedenfalls sei dieser Vorschlag nur von seinem Urheber, Ohsenbein, vertheidigt worden.

Italien.

* **Turin, 17. März.** Die Deputirtenkammer hat das

